



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > **Kunstministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle gibt Bereitstellung von Mitteln aus Entschädigungsfonds für Instandsetzung des historischen Baudenkmals bekannt**

Kunstministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle gibt Bereitstellung von Mitteln aus Entschädigungsfonds für Instandsetzung des historischen Baudenkmals bekannt

18. Juni 2018

Sanierung der ehemaligen Propsteikirche St. Getreu in Bamberg wird mit 145.000 Euro gefördert

MÜNCHEN/BAMBERG. „Ich freue mich, dass wir die Sanierung der ehemaligen Propsteikirche St. Getreu in Bamberg mit Mitteln in Höhe von 145.000 Euro aus dem Entschädigungsfonds für die Denkmalpflege fördern können“, sagte Kunstministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle heute bei der Bekanntgabe der Bewilligung in München. „Die ehemalige Propsteikirche St. Getreu ist eine der eindrucksvollsten Barockkirchen Bayerns. Die seit dem Frühjahr 2013 sichtbaren erheblichen Risse an den Gewölben und im Mauerwerk führten zu erheblichen Schäden an der Raumschale und letztlich zur Schließung der Kirche. Mit Hilfe der nun bewilligten Mittel wollen wir eine zügige Instandsetzung in Form von statischen Sicherungsmaßnahmen sowie Kunstschutz-Maßnahmen ermöglichen“, betonte Ministerin Kiechle.

Die Kirche wurde 1125 gegründet und entstammt in ihrer jetzigen Gestalt nach verschiedenen Erweiterungen aus dem Jahr 1725. Die herausragende Ausstattung der Barockkirche entstand ab 1733 und stammt von den fränkischen Hofschreibern Franz Anton Thomas und Servatius Brickard, die in kostbarer Furnier- und Fassarbeit mit den Altären, der Kanzel und dem ornamentalen Ausschmückungen einen einzigartigen Raumeindruck schufen. Das spätgotische Heilige Grab, die großformatigen Tafelbilder aus der Zeit um 1600 und die Deckenfresken stehen für die höchsten Ansprüche, mit denen der Kirchenraum ausgestattet wurde. Eigentümerin des Baudenkmals ist die St. Getreu-Stiftung Bamberg.

Der Entschädigungsfonds wird vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst verwaltet und vom Freistaat und den Kommunen getragen.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

